

## **Referentenentwurf**

### **des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

#### **Verordnung zur Änderung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure**

(HOAI-Änderungsverordnung)

##### **A. Problem und Ziel**

In seinem Urteil vom 4. Juli 2019 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die verbindlichen Mindest- und Höchstonorarsätze der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure vom 10. Juli 2013 (BGBl. I S. 2276, HOAI) gegen Artikel 15 Absatz 1, Absatz 2 Buchstabe g und Absatz 3 der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (EU-Dienstleistungsrichtlinie) verstoßen (Rechtssache C-377/17). Mit Verkündung des Urteils besteht für die Bundesrepublik Deutschland die Pflicht, der Entscheidung nachzukommen und die nationale Rechtsordnung an die Vorgaben des Urteils anzupassen. Die vorliegende Verordnung dient der Umsetzung dieser Anpassungen in der HOAI.

##### **B. Lösung**

Die Regelungen der HOAI werden in der Weise geändert, dass die Honorare für alle von der HOAI erfassten Leistungen künftig frei vereinbart werden können.

##### **C. Alternativen**

Keine.

##### **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Keine.

##### **E. Erfüllungsaufwand**

###### **E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Die HOAI wird künftig für Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen keine verbindlichen Mindest- oder Höchstonorarsätze mehr vorgeben. Die Regelungen, die die HOAI für die Kalkulation der Honorare enthält, werden aber beibehalten. Das entsprechend dieser Kalkulationsregeln ermittelte Honorar kann aber immer mittels eines Zu- oder Abschlags geändert werden. Die HOAI wird künftig unverbindliche Honorarempfehlungen enthalten, die eine wichtige Orientierung für die Honorarhöhe im Einzelfall bieten. Der durch die Änderung entstehende zusätzliche Prüfaufwand ist deshalb als derart gering einzuschätzen, dass mit dieser Verordnung kein messbarer zusätzlicher Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger entsteht.

## **E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

Aus den oben genannten Gründen entsteht auch kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft als Auftraggeber von Architekten- und Ingenieurleistungen.

Die Maßstäbe, nach denen die Honorare zu kalkulieren sind, werden weiterhin anwendbar sein. Für die Wirtschaftsunternehmen, die ihre Leistungen nach HOAI abrechnen, ist daher ebenfalls nicht von einem zusätzlichen Erfüllungsaufwand auszugehen.

### **Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten**

Es werden keine Informationspflichten neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

## **E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

Bund, Länder und Kommunen beschaffen als öffentliche Auftraggeber Leistungen, bei deren Vergütung die Kalkulationsgrundlagen der HOAI weiterhin herangezogen werden können, wenn auch die HOAI keine zwingenden Mindest- und Höchstonorarsätze mehr enthält, sondern nur Sätze zur Honorarorientierung. Aus den oben genannten Gründen gilt deshalb für alle Ebenen der Verwaltung, dass von einem zusätzlichen Erfüllungsaufwand durch diese Verordnung nicht auszugehen ist.

## **F. Weitere Kosten**

Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Mit der Verordnung werden keine Änderungen von Honorarhöhen vorgenommen. Daher ergeben sich durch die Verordnung keine weiteren Kosten. Insbesondere werden auch die Honorartafeln, die künftig zur Honorarorientierung dienen, der Höhe nach beibehalten.

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

#### **I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen**

In seinem Urteil vom 4. Juli 2019 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die verbindlichen Mindest- und Höchstonorarsätze der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure vom 10. Juli 2013 (BGBl. I S. 2276, HOAI) gegen Artikel 15 Absatz 1, Absatz 2 Buchstabe g und Absatz 3 der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (EU-Dienstleistungsrichtlinie) verstoßen (Rechtssache C-377/17). Mit Verkündung des Urteils besteht für die Bundesrepublik Deutschland die Pflicht, der Entscheidung nachzukommen und die nationale Rechtsordnung an die Vorgaben des Urteils anzupassen. Die vorliegende Verordnung dient der Umsetzung dieser Anpassungen in der HOAI.

#### **II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs**

Die Regelungen der HOAI werden in der Weise geändert, dass die Honorare für alle von der HOAI erfassten Leistungen künftig frei vereinbart werden können und es keine verbindlichen Mindest- und Höchstonorarsätze mehr geben wird.

#### **III. Alternativen**

Keine.

#### **IV. Regelungskompetenz**

Die Kompetenz der Bundesregierung zum Erlass der Verordnung ergibt sich aus der Ermächtigungsgrundlage in § 1 Absatz 1 des Gesetzes zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen.

Die Verordnung bedarf der Zustimmung des Bundesrates.

#### **V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen**

Der Verordnungsentwurf dient der Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 4. Juli 2019 in der Rechtssache C-377/17. Die bisher in der HOAI enthaltene Festlegung von verbindlichen Mindest- oder Höchstonorarsätzen, die nach dem Urteil mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie (2006/123/EG, Abl. L 376 S. 36) nicht vereinbar war, wird durch diese Änderung der HOAI aufgehoben.

#### **VI. Regelungsfolgen**

Die Änderungen in der HOAI haben das Ziel, dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in der Rechtssache C-377/17 nachzukommen und die Regelungen der nationalen Rechtsordnung entsprechend der Vorgaben des Urteils anzupassen und so die Vereinbarkeit der

Regelungen der HOAI mit dem Recht der Europäischen Union, wie es in der EU-Dienstleistungsrichtlinie zum Ausdruck kommt, herzustellen.

## **1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung**

Die Änderungen in der HOAI dienen der Anpassung der Verordnung an die Vorgaben des Urteils des Europäischen Gerichtshofs und damit auch der Klarstellung der Rechtslage. Auch für die öffentliche Verwaltung wird auf diese Weise die Rechtsanwendung vereinfacht.

## **2. Nachhaltigkeitsaspekte**

Das Regelungsvorhaben steht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die der Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung dient.

Das Regelungsvorhaben ist insbesondere vereinbar mit SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum). Es trägt zur Planungs- und Rechtssicherheit im betroffenen Sektor bei. Dies kann zu einem sichereren Investitionsumfeld und somit zu besseren Investitionsbedingungen im Sinne der nationalen Postulate zu SDG 8 beitragen.

Behinderungen etwaiger Nachhaltigkeitsziele oder Zielkonflikte zwischen verschiedenen Nachhaltigkeitszielen durch das Regelungsvorhaben wurden nicht festgestellt.

## **3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Durch die Verordnung werden keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand verursacht.

## **4. Erfüllungsaufwand**

Die HOAI wird künftig für Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen keine verbindlichen Mindest- oder Höchst Honorarsätze mehr vorgeben. Die Regelungen, die die HOAI für die Kalkulation der Honorare enthält, werden aber beibehalten. Das entsprechend dieser Kalkulationsregeln ermittelte Honorar kann mittels eines Zu- oder Abschlags geändert werden. Die HOAI wird außerdem künftig unverbindliche Honorarempfehlungen enthalten, die eine wichtige Orientierung für die Honorarhöhe im Einzelfall bieten. Der durch die Änderung entstehende zusätzliche Prüfaufwand ist deshalb als so gering einzuschätzen, dass mit dieser Verordnung kein messbarer zusätzlicher Erfüllungsaufwand entsteht. Im Übrigen wird auf die Begründung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen vom **XX.XXX 2020** (BGBl. S. **XXX**) verwiesen.

## **5. Weitere Kosten**

Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Mit der Verordnung werden keine Änderungen von Honorarhöhen vorgenommen. Daher ergeben sich durch die Verordnung keine weiteren Kosten. Insbesondere werden auch die Honorartafeln, die künftig zur Honorarorientierung dienen, der Höhe nach beibehalten.

## **6. Weitere Regelungsfolgen**

Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher oder demografische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Im Zuge der gemäß § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien vorzunehmenden Relevanzprüfung sind unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern keine Auswirkungen erkennbar, die gleichstellungspolitischen Zielen zuwiderlaufen.

## **VII. Befristung; Evaluierung**

Es sind keine Befristung und keine Evaluierung vorgesehen. Die Verordnung dient der Umsetzung der Vorgaben eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu Artikel 1 (Änderung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure)**

#### **Zu Nummer 1**

Die neue Formulierung des Anwendungsbereichs der HOAI in § 1 macht den neuen Charakter der Verordnung deutlich. Die HOAI enthält künftig kein verbindliches Preisrecht mehr und dementsprechend keine verbindlichen Regelungen für die Berechnung der Entgelte für bestimmte Leistungen. Der Anwendungsbereich der neuen Regelungen erstreckt sich aber weiterhin auf Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen, auch wenn der Regelungsinhalt ein anderer ist als bisher.

Zunächst wird in § 1 Satz 1 klargestellt, dass sich der Geltungsbereich der HOAI auf Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen bezieht. Schon nach bisheriger Rechtslage war insbesondere infolge eines Urteils des Bundesgerichtshofs (BGH, Urteil vom 22. Mai 1997 – VII ZR 290/95 –, BGHZ 136, 1-11) anerkannt, dass die HOAI auf alle Personen anzuwenden war, die Leistungen erbringen, für die die HOAI Regelungen enthielt. Nicht ausschlaggebend war, ob es sich um Leistungen von Personen handelte, die eine der Berufsbezeichnungen führen durften, die in der Verordnung genannt waren. Die Bestimmung des Anwendungsbereichs erfolgte leistungsbezogen, nicht berufsbezogen. Daran soll die jetzige Anpassung der HOAI nichts ändern. Daher stellt die Neuregelung ausdrücklich auf Architekten- und Ingenieurleistungen ab. Die Erwähnung der Berufsbezeichnung dient nur einer stärkeren Konturierung des Anwendungsbereichs in dem Sinne, dass es sich um Leistungen handelt, die üblicherweise von Architekten oder Ingenieuren erbracht werden. Damit ist aber gerade nicht ausgeschlossen, dass auch Vertreter anderer Berufe diese ausführen. Wie der zweite Halbsatz des Satzes 1 klarstellt, ist damit auch keine Ausweitung des Anwendungsbereichs im Vergleich zur bisherigen Rechtslage bezweckt. Es sollen künftig dieselben Leistungen von der HOAI erfasst sein, welche auch schon bisher von der HOAI erfasst waren.

Allerdings stellt der neu gefasste § 1 im Gegensatz zur vorherigen Fassung künftig auf den Oberbegriff der Leistungen ab, die Eingrenzung auf die Grundleistungen wird nicht wieder aufgegriffen. Damit soll jedoch nur klargestellt werden, dass die HOAI, wie bisher schon, nicht nur Regelungen zu den sogenannten Grundleistungen enthält, sondern auch zu den sogenannten Besonderen Leistungen. Diese werden aber auch in der neuen Fassung deutlich weniger detailliert geregelt als die Grundleistungen.

Durch § 1 Satz 2 werden der Charakter und die Zielrichtung der Regelungen der geänderten HOAI klargestellt. Auch wenn keine verbindlichen preisrechtlichen Vorgaben mehr enthalten sind, sieht die HOAI auch weiterhin Maßstäbe und Grundlagen für die Berechnung von Honoraren für die von der HOAI erfassten Leistungen vor. Diese Berechnungsparameter können durch eine entsprechende Vereinbarung von den Parteien eines Vertrages, der von der HOAI erfasste Leistungen zum Gegenstand hat, zur Kalkulation des

Honorars genutzt werden. Die Ergebnisse der Anwendung dieser Honorarberechnungsregelungen sind aber nicht verbindlich, es kann immer ein abweichendes Honorar vereinbart werden. Die Kalkulationsregeln der HOAI müssen aber auch nicht genutzt werden. Das Honorar für von der HOAI erfasste Leistungen kann auch immer auf anderem Wege, beispielsweise durch eine Stundensatzvereinbarung oder über eine Pauschale, ermittelt werden. Aus diesem Grund ist auch die Beschränkung auf Anwender mit Sitz im Inland und die Erbringung der Leistung im Inland entfallen. Die Anwendbarkeit der Regelungen hängt maßgeblich von der Vereinbarung der Vertragsparteien ab. Eine Verpflichtung, sie anzuwenden, besteht nicht.

## **Zu Nummer 2**

Die neu eingefügte Definition der Honorartafeln in § 2 Absatz 12 dient der Erläuterung des künftigen Zwecks der Honorartafeln. Bisher war diesen der verbindliche Preisrahmen für die Honorare zu entnehmen. Künftig sollen die in den Honorartafeln enthaltenen Werte der Orientierung der Vertragsparteien dienen und damit eine Hilfestellung bei der Ermittlung des angemessenen Honorars bieten. Dies erfolgt auch vor dem Hintergrund, dass der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 4. Juli 2019 festgestellt hat, dass Preisorientierungen zum Verbraucherschutz beitragen können (vgl. Rechtssache C-377/17, Randnummer 94 f.). Ansonsten bleiben Aufbau und Inhalt der Honorartafeln im Wesentlichen gleich. Die in den Tafeln enthaltenen Werte sind an Art und Umfang der Planungsaufgabe und der Leistung des Planenden ausgerichtet und erstrecken sich über Honorarspannen. Mit Art und Umfang der Planungsaufgabe wird der Auftragsgegenstand in Bezug genommen, beispielsweise das Gebäude oder Ingenieurbauwerk, auf das sich der Auftrag bezieht. Der Begriff der Leistung erfasst die Arbeitsschritte, die der Planende auszuführen hat, wie zum Beispiel die Vorplanung oder die Ausführungsplanung. Die Gliederung der Honorarspannen richtet sich nach den Honorarzonen und den zugrunde liegenden Berechnungsparametern.

Im neuen § 2 Absatz 13 wird der neu eingeführte Begriff des Basishonorarsatzes definiert. Als Basishonorarsatz wird der jeweils untere in den Honorartafeln enthaltene Honorarwert bezeichnet. Die Definition ist erforderlich, da in § 7 auf die entsprechenden, in den Honorartafeln enthaltenen, Werte verwiesen wird.

## **Zu Nummer 3**

Der neu gefasste § 3 enthält in Absatz 1 Satz 1 die der Neufassung in § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen (ArchLG) angeglichenen Definition der Grundleistungen. Auch hier gilt, dass sich an der Rechtslage im Vergleich zur bisherigen Fassung im Ergebnis nichts ändern soll. Grundleistungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie regelmäßig im Rahmen von Flächen-, Objekt- und Fachplanungen auszuführen sind. Es handelt sich also um das in Standardfällen durchzuführende Arbeitsprogramm bei solchen Planungsvorhaben. Gleichzeitig bezweckt die neue Definition aber die Klarstellung, dass sie nur für Regelfälle gilt. Das bedeutet, dass es immer auch Ausnahmen geben kann, in denen weniger oder andere als die regelmäßig durchzuführenden Leistungen auszuführen sind. Das Leistungsprogramm ist immer abhängig von der Vereinbarung der Parteien im Einzelfall. Um die grundsätzliche Fortschreibung der bisherigen Rechtslage zu unterstreichen, enthält Absatz 1 Satz 2 zur näheren inhaltlichen Ausgestaltung der Definition in Absatz 1 Satz 1 einen Bezug zu der in der bisher geltenden Fassung der HOAI enthaltenen Definition der Grundleistungen. Zusätzlich wird klar gestellt, dass die Grundleistungen in der HOAI auch künftig in Leistungsbildern erfasst sind und diese sich in Leistungsphasen gliedern, die in späteren Teilen der HOAI inhaltlich genauer ausgestaltet werden.

Ein Unterschied zur bisherigen Rechtslage besteht darin, dass die Leistungen der Anlage 1 künftig den sonstigen Grundleistungen der HOAI gleichgestellt werden. Daher verweist Absatz 1 Satz 3 auch auf die Beschreibung der Leistungsphasen in der Anlage 1. Bisher

hatten die Leistungen der Anlage 1 eine Sonderstellung, da sie nicht dem verbindlichen Preisrecht unterlagen. Künftig werden sie in der neuen Regelung der HOAI den übrigen Grundleistungen gleichgestellt.

Die Beschreibung der Besonderen Leistungen in Absatz 2 entspricht im Wesentlichen der bisherigen Formulierung in § 3 Absatz 3 der HOAI a. F. Hier ist keine Änderung der Rechtslage intendiert. Gleiches gilt für den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit in Absatz 3.

#### **Zu Nummer 4**

##### **Zu Buchstabe a**

Mit der Neufassung des § 5 Absatz 1 soll keine inhaltliche Änderung, sondern nur eine redaktionelle Korrektur vorgenommen werden. Die bisherige Auflistung der Honorarzonen war nicht in allen Fällen deckungsgleich mit den spezifischen Regelungen in den verschiedenen Leistungsbereichen der HOAI, weshalb eine abstraktere Formulierung gewählt wird.

##### **Zu Buchstabe b**

Der bisherige Absatz 2 ist wegen der Neufassung des Absatzes 1 obsolet geworden.

##### **Zu Buchstabe c**

Folgeänderung vor dem Hintergrund der Gleichstellung der Leistungen der Anlage 1 mit den übrigen Grundleistungen.

#### **Zu Nummer 5**

##### **Zu Buchstabe a**

Die Neufassung des § 6 Absatz 1 stellt klar, dass die Honorartafeln künftig der Honorarorientierung dienen, und regelt hinsichtlich der Leistungen der Anlage 1 neu, welche Bezugsgrößen für die Honorarberechnung dieser Leistungsbilder herangezogen werden sollen.

##### **Zu Buchstabe b**

##### **Zu Doppelbuchstabe aa**

Die Änderung dient der Klarstellung.

##### **Zu Doppelbuchstabe bb**

Mit der Ergänzung soll der neue Charakter der Honorartafeln als Honorarorientierungen hervorgehoben werden.

##### **Zu Doppelbuchstabe cc**

Die Ergänzung dient der Gleichstellung der Leistungen der Anlage 1.

##### **Zu Doppelbuchstabe dd**

Mit der Änderung wird die Grundsatzentscheidung nachvollzogen, dass für alle Vereinbarungen künftig die Textform ausreichen soll.

## **Zu Buchstabe c**

Die in § 6 Absatz 3 a. F. ausdrücklich vorgesehene Möglichkeit einer schriftlichen Abweichung ist nicht mehr erforderlich, da die HOAI kein verbindliches Preisrecht mehr enthält.

## **Zu Nummer 6**

Die Neufassung des § 7 stellt ein wesentliches Element der Umsetzung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur HOAI dar. Die bisher in § 7 a. F. enthaltenen Regelungen zu den verbindlichen Mindest- und Höchsthonorarsätzen werden durch den Grundsatz ersetzt, dass sich das Honorar nach der Vereinbarung der Vertragsparteien richtet, ohne preisrechtliche Eingrenzungen. Gleichzeitig wird die Möglichkeit, eine wirksame Honorarvereinbarung zu treffen, insofern erleichtert, als künftig eine Vereinbarung in Textform gemäß § 126b BGB ausreicht. Die Honorarvereinbarung muss damit künftig nicht mehr, wie bisher, schriftlich und zum Zeitpunkt der Auftragserteilung geschlossen werden, um wirksam zu sein. Diese Anforderung hat sich in der Praxis als schwer umsetzbar erwiesen, da schon die Bestimmung des genauen Zeitpunkts der Auftragserteilung nicht in allen Fällen zweifelsfrei möglich war.

Das Ziel der Neuregelung ist es, den Parteien auch im Sinne der Rechtssicherheit eine praxisnahe und einfach umzusetzende Möglichkeit zum Abschluss wirksamer Honorarvereinbarungen zu eröffnen. Im Hinblick darauf, dass sich im Rahmen entsprechender Planungsprojekte auch später immer wieder Änderungen an den Vertragsinhalten ergeben können, soll es den Vertragsparteien auch möglich sein, erst im späteren Verlauf der Vertragsbeziehung eine Honorarvereinbarung zu schließen oder eine bereits geschlossene später bei Bedarf anzupassen. Auf einen bestimmten Zeitpunkt, zu dem die Vereinbarung getroffen werden muss, kommt es deshalb künftig nicht mehr an.

Sollte es trotz dieser vereinfachten Möglichkeit, eine wirksame Honorarvereinbarung zu treffen, Fälle geben, in denen eine solche nicht getroffen wurde, enthält § 7 Absatz 1 Satz 2 künftig eine Vermutungsregelung hinsichtlich der Honorarhöhe. Um in solchen Fällen Rechtssicherheit zu gewährleisten, sollen die Honorarberechnungsgrundlagen der HOAI zur Anwendung kommen. Als vereinbart gilt dann der Basishonorarsatz gemäß § 2 Absatz 13, der in der im Einzelfall anzuwendenden Honorartafel enthalten ist. Die neue Regelung übernimmt damit die Wertung des § 7 Absatz 5 a. F., ist aber im Gegensatz zu dieser als widerlegliche Vermutung ausgestaltet. Sie stellt damit eine Auffangregelung dar, die nur in den, voraussichtlich wenigen, Fällen zur Anwendung kommt, in denen eine wirksame Honorarvereinbarung nicht zustande gekommen ist. Mit dieser, dem § 1 Absatz 1 der Steuerberatervergütungsverordnung vom 17. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1442), die zuletzt durch Artikel 8 der Verordnung vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1495) geändert worden ist (StBVV), vergleichbaren Regelung, sollen langwierige Streitigkeiten über die Honorarhöhe vermieden werden. Die Norm bezieht sich allerdings nur auf die Grundleistungen, da nur für diese Honorartafeln vorgesehen sind, deren Werte für die Festlegung der konkreten Honorarhöhe herangezogen werden können. Dabei sind die Leistungen der Anlage 1 den übrigen Grundleistungen künftig gleichgestellt, so dass § 7 Absatz 1 Satz 2 auch in Vertragsverhältnissen zur Anwendung kommen kann, die Leistungen der Anlage 1 zum Gegenstand haben.

Um sicherzustellen, dass der Orientierungscharakter der in den Honorartafeln enthaltenen Honorarwerte allen Vertragsparteien bekannt ist, sieht § 7 Absatz 2 eine neu eingeführte Hinweispflicht des Auftragnehmers vor, also desjenigen, der die in der HOAI enthaltenen Leistungen erbringt. Dieser hat seinen Auftraggeber in Textform darauf hinzuweisen, dass auch ein höheres oder niedrigeres Honorar als die in den Honorartafeln enthaltenen Werte vereinbart werden kann. Diese Regelung orientiert sich ebenfalls an dem Konzept der StBVV, die in § 4 Absatz 4 StBVV eine ähnliche Vorschrift enthält. Die Hinweispflicht nach § 7 Absatz 2 gilt aber nur in den Vertragsverhältnissen, in denen der Auftraggeber Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist. In allen anderen Fällen, beispielsweise auch bei Ver-

tragsverhältnissen, die nach Durchführung eines Vergabeverfahrens zustande gekommen sind, besteht kein entsprechendes Schutzbedürfnis des Auftraggebers. Gleichzeitig soll mit dieser Hinweispflicht aber auch kein formales Formerfordernis konstituiert werden, dessen Nichteinhaltung die Rechtsfolge des § 125 BGB auslöst, sondern nur eine Nebenpflicht des zwischen den Parteien bestehenden Vertragsverhältnisses. Da sich die Hinweispflicht maßgeblich auf die Höhe des Honorars bezieht, muss ihr der Auftragnehmer bis spätestens zu dem Zeitpunkt nachgekommen sein, zu dem er ein Angebot abgibt, damit der Auftraggeber Gelegenheit hat, von der Information Kenntnis zu erhalten, bevor eine bindende Honorarvereinbarung geschlossen wird. Dabei gilt das gleiche Formerfordernis wie für die Honorarvereinbarung selbst, die Textform, auch für die Hinweispflicht.

Die Möglichkeit, ein Erfolgs- oder ein Malushonorar zu vereinbaren, die schon in § 7 Absatz 6 a. F. vorgesehen war, wird in Absatz 3 sinngemäß beibehalten.

#### **Zu Nummer 7**

##### **Zu Buchstabe a**

Die Ergänzung dient der Klarstellung, dass es nur um die Durchführung der Honorarberechnung geht. Die Höhe des auf diesem Rechenweg ermittelten Honorars ist nicht verbindlich festgelegt.

##### **Zu Buchstabe b**

Siehe Nummer 7 Buchstabe a.

#### **Zu Nummer 8**

Folgeänderungen wegen der geänderten Formanforderungen sowie Ergänzung infolge der Gleichstellung der Leistungen der Anlage 1.

#### **Zu Nummer 9**

Klarstellung, dass die Honorartafeln künftig der Honorarorientierung dienen.

#### **Zu Nummer 10**

Folgeänderung sowie Ergänzung infolge der Gleichstellung der Leistungen der Anlage 1.

#### **Zu Nummer 11**

##### **Zu Buchstabe a**

Einführung einer dynamischen Verweisung.

##### **Zu Buchstabe b**

Folgeänderung wegen der geänderten Formanforderungen.

##### **Zu Buchstabe c**

Folgeänderung wegen der geänderten Formanforderungen.

#### **Zu Nummer 12**

Einer Regelung zur Fälligkeit bedarf es in der HOAI nicht, weil es seit dem 1.1.2018 eine spezifische Regelung der Fälligkeit des Honorars der Architekten und Ingenieure im BGB

gibt, in § 650q Absatz 1 BGB in Verbindung mit § 650g Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 und 2 BGB.

**Zu Nummer 13**

**Zu Buchstabe a**

Einfügung einer dynamischen Verweisung.

**Zu Buchstabe b**

Es handelt sich um eine Folgeänderung, da die HOAI kein verbindliches Preisrecht mehr enthält.

**Zu Nummer 14**

**Zu Buchstabe a**

Da die HOAI keine verbindlichen Preisregelungen mehr vorgibt, war § 20 Absatz 1 anzupassen. Die Honorartafeln setzen künftig keine Mindest- und Höchstsätze für Honorare mehr fest, sondern enthalten Honorarspannen als Orientierungswerte.

**Zu Buchstabe b**

Klarstellung, da künftig der Gegensatz zwischen dem verbindlichen Preisrecht und der Möglichkeit einer freien Vereinbarung nicht mehr existiert.

**Zu Nummer 15**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Nummer 16**

**Zu Buchstabe a**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Buchstabe b**

Siehe Nummer 14 Buchstabe b.

**Zu Nummer 17**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Nummer 18**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Nummer 19**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Nummer 20**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Nummer 21**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Nummer 22**

Folgeänderung.

**Zu Nummer 23**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Nummer 24**

**Zu Buchstabe a**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Buchstabe b**

Klarstellung, da künftig keine verbindlichen Mindestsätze mehr existieren, auf die die Vorgängerregelung verwiesen hat.

**Zu Nummer 25**

Siehe Nummer 14 Buchstabe b.

**Zu Nummer 26**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Nummer 27**

**Zu Buchstabe a**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Buchstabe b**

Siehe Nummer 24 Buchstabe b.

**Zu Nummer 28**

**Zu Buchstabe a**

Siehe Nummer 14 Buchstabe a.

**Zu Buchstabe b**

Siehe Nummer 24 Buchstabe b.

**Zu Nummer 29**

**Zu Buchstabe a**

Klarstellung.

**Zu Buchstabe b**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Die Änderungen in der Formulierung dienen der Gleichstellung der Leistungen der Anlage 1 mit den übrigen Grundleistungen.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe c**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Die Leistungen der Anlage 1 werden den übrigen Grundleistungen gleichgestellt. Deshalb gilt auch für die Leistungen der Anlage 1, dass die Honorartafeln künftig Honorarspannen als Orientierungswerte enthalten.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe dd**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe ee**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe ff**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe gg**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe d**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe dd**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe e**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe f**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Klarstellende Verweisung.

**Zu Buchstabe g**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa. Die Formulierung des Satzes 2 wurde beibehalten, um klarzustellen, dass im jeweiligen Einzelfall zu klären ist, ob und inwieweit die mitzuverarbeitende Bausubstanz berücksichtigt wird.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Klarstellende Verweisung.

**Zu Doppelbuchstabe dd**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe ee**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe ff**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe h**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa. Die Formulierung des Satzes 3 wurde beibehalten, um klarzustellen, dass im jeweiligen Einzelfall zu klären ist, ob und inwieweit die mitzuverarbeitende Bausubstanz berücksichtigt wird.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Siehe Nummer 29 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe dd**

Einfügung eines klarstellenden Verweises und Folgeänderung wegen der geänderten Formanforderungen.

**Zu Doppelbuchstabe ee**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe ff**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe gg**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe i**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe j**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Anpassung an entsprechende Regelungen bei den übrigen Grundleistungen (vgl. auch Nummer 14 Buchstabe b.).

**Zu Buchstabe k**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe l**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe dd**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe m**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe n**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Sehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

In Anlage 1.4.2 werden künftig die Punktedichten zu Verrechnungseinheiten differenzierter in einer Umrechnungstabelle, abgestimmt auf die zugehörige Honorartafel (Nummer 1.4.8 Absatz 1), zugeordnet. Die Umrechnungstabelle wurde aufgrund empirischer Untersuchungen im Rahmen des Reformverfahrens zur Neufassung der HOAI im Jahr 2013

entwickelt und bildet aufgrund der höheren Punktdichte die Wirklichkeit gerade im dicht besiedelten Bereich oder stark strukturiertem Gelände eher ab.

**Zu Doppelbuchstabe dd**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe ee**

**Zu Dreifachbuchstabe aaa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Dreifachbuchstabe bbb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe ff**

**Zu Dreifachbuchstabe aaa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Dreifachbuchstabe bbb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Dreifachbuchstabe ccc**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe o**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Folgeänderung.

**Zu Buchstabe p**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe q**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe cc**

Siehe Nummer 29 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe r**

**Zu Doppelbuchstabe aa**

Siehe Nummer 29 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa.

**Zu Doppelbuchstabe bb**

Siehe Nummer 29 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa.

**Zu Buchstabe s**

Anpassung an entsprechende Regelungen bei den übrigen Grundleistungen (vgl. auch Nummer 14 Buchstabe b.).

**Zu Nummer 30**

Folgeänderungen wegen der geänderten Formanforderungen.

**Zu Artikel 2 (Inkrafttreten; Anwendungsbestimmung)**

Um für die Rechtsanwender Rechtssicherheit zu gewährleisten, wird der Zeitpunkt des Inkrafttretens auf den 1. Januar 2021 festgesetzt. Die geänderten Regelungen der HOAI sind ab diesem Zeitpunkt auf diejenigen Vertragsverhältnisse anzuwenden, die ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens erstmalig begründet wurden.